

# «Wir haben die Präsidentin vergessen»

Die Kritik an der Evakuierung des Bundeshauses reisst nicht ab. Erstmals nimmt nun der Sicherheitsbeauftragte des Parlaments, Andreas Wortmann, dazu Stellung.

Reto Wattenhofer

Der Grosseinsatz rund um das Bundeshaus in Bern sorgte am Dienstag für helle Aufregung. Die Evakuierung des Parlamentsgebäudes löste Zweifel aus, ob das Sicherheitsdispositiv funktioniert. Andreas Wortmann, der oberste Sicherheitschef der Bundesversammlung, erklärt, warum nicht alles einwandfrei ablief.

**Andreas Wortmann, wie haben Sie die Evakuierung erlebt?**

**Andreas Wortmann:** Ich war zufällig im Bundeshaus-Restaurant Galerie des Alpes, als eine Nachricht der Alarmzentrale des Bundesamtes für Polizei (Fedpol) eintraf. Es hiess, wir müssten das Parlamentsgebäude unverzüglich evakuieren. Wir wussten, ein verdächtiges Auto steht auf dem Bundesplatz. Mir war klar: Ich muss möglichst rasch die Politikerinnen und Mitarbeiter evakuieren, die sich in den Räumen zur Nordseite hin befinden. Das ist uns innerhalb weniger Minuten gelungen. Danach ist mein Puls wieder ruhiger geworden. In meinen elf Jahren als Sicherheitsbeauftragter habe ich zum ersten Mal eine komplette Evakuierung des Bundeshauses erlebt.

**Einige Personen gingen aber vergessen.**

**Wortmann:** Ja. In der Hektik ging Ständeratspräsidentin Brigitte Häberli-Koller vergessen, die in ihrem Büro gearbeitet hat. Das ist sicherlich der grösste Fehler, den ich mir vorwerfen muss.

**Sie war nicht die Einzige. Tobias Vögeli, Co-Präsident der Jungen Grünliberalen Schweiz, wurde zufällig von einem Sicherheitsbeamten entdeckt und gebeten, das Gebäude sofort zu verlassen. Wie kann das sein?**

**Wortmann:** Das ist bedauerlich. Anders als im Bundeshaus Ost und West wurde bei uns im Haus kein akustischer Alarm eingesetzt. Das ist auch ein Grund, warum wir am Dienstag auf Personen getroffen sind, die nicht im Bild waren.

**Das ist schwer verständlich. Ein Alarm muss doch tönen.**

**Wortmann:** Am Dienstag wäre das vielleicht angebracht gewesen. Generell verzichteten wir bisher bewusst darauf. Man muss sehen: Bei Bundesratswahlen haben wir knallvolle Tribünen, eine volle Wandelhalle und 246 Ratsmitglieder im Nationalratssaal – alle auf einem Haufen. Wenn ich dort einen akustischen Alarm loslasse, ist die Gefahr gross, dass Panik ausbricht. Für die Zukunft werden wir diese Frage erneut prüfen. Trotzdem ist die Evakuierung nicht so schlecht gelaufen.

**Das sehen nicht alle so. Heftige Kritik übte Ständerat Andrea Caroni. Es sei ein**



Die Berner Kantonspolizei sperrte am Dienstag das Gebiet rund ums Bundeshaus weiträumig ab.

BILD KEY

**«ideales Szenario» für einen Angriff auf Parlamentarier gewesen. Was sagen Sie ihm?**

**Wortmann:** Ich sage ihm, es gibt für jede Evakuierung eine Gefährdungsanalyse. Wir müssen uns immer fragen: Warum evakuieren wir? In diesem Fall war es ein verdächtiges Fahrzeug auf dem Bundesplatz. Bei einem Anschlag auf der Bundesterrasse wäre ein anderes Szenario zum Zug gekommen. Wir wussten: Sobald die Parlamentarier auf der Südseite des Bundeshauses sind, sind sie geschützt. Unsere Maxime war: Wir müssen unverzüglich die Nordseite evakuieren.

**Caroni kritisiert, dass es viel zu lange gedauert habe, bis die Parlamentarier draussen waren. Ist im Falle einer Evakuierung das Tempo nicht entscheidend?**

**Wortmann:** Im Kontext der Evakuierung vom Dienstag spielte das kaum eine Rolle. Ich wusste, dass die Bedrohungslage im Norden ist. Dass die Parlamentarier beim Südeingang 20 Minuten warten mussten, war nicht mehr relevant. Selbst wenn eine Bombe auf dem Bundesplatz detoniert wäre, wären sie sicher gewesen.

**Ein Vorwurf lautet auch, dass sich die Gruppe vor dem Gebäude wie eine «unbewachte Schafherde» vorgekommen sei. War die Sicherheit so garantiert?**

**Wortmann:** Die Kantonspolizei Bern, die um das Bundeshaus für die Sicherheit zuständig ist, hat das Gebiet grossräumig abgesperrt. Innerhalb dieser Absperrung war zu keiner Zeit irgendeine Person – ausgenommen Polizisten.

**Gehapert hat es aber bei der Information.**



**«Es war eine ungeordnete Evakuierung, aber die Menschen waren in Sicherheit. Unser Ziel muss aber sicher sein, besser zu informieren.»**

Andreas Wortmann  
Sicherheitschef des Parlaments

**Wortmann:** Dafür wurden wir zu Recht kritisiert. Im Konzept ist vorgesehen, dass wir auf den Sammelplätzen, wo sich die Evakuierten hinbegeben, einen Verantwortlichen haben. Am Dienstag musste ja «unverzüglich evakuiert» werden. Es war also nicht möglich, den Sammelplatzverantwortlichen vorgängig zu organisieren. Die Gruppe stand dann – wie Herr Caroni sagte – während maximal 20 Minuten wie eine Schafherde rum, ohne genauere Informationen zu haben. Es war eine ungeordnete Evakuierung, aber die Menschen waren in Sicherheit. Unser Ziel muss aber sicher sein, besser zu informieren.

**Warum gibt es so viel Kritik der Ratsmitglieder?**

**Wortmann:** Da müssen Sie die Parlamentarier fragen. Für sie ist es bestimmt unangenehmer als für Mitarbeiter zu hören: «Du musst jetzt aus dem Bundeshaus raus.» Es ist auch sehr persönlich, wie jemand mit so einem Ereignis umgeht. Dass die Emotionen manchmal hochgehen, ist verständlich.

**Im Ernstfall reagieren die Leute anders als bei einer Übung.**

**Wortmann:** Das macht sicherlich einen Unterschied. Bei einer Übung bin ich lockerer und weniger gestresst. Am Dienstag wussten alle, es ist ernst.

**Was beim Sicherheitsdispositiv auffällt: Es ist komplex, und es sind viele Stellen involviert. Für die Zutrittskontrolle ist das Fedpol zuständig, für die Evakuierung die Parlamentsdienste. Sobald die Parlamentarier draussen sind, ist es die Kantonspolizei Bern. Erschwert dieser Flickenteppich nicht eine kohärente Strategie im Krisenfall?**

**Wortmann:** Es dünkt mich nicht, dass es ein Flickenteppich ist. Die Verantwortlichkeiten sind klar geregelt und das System funktioniert gut. Die Parlamentsdienste haben den Schutz für die Menschen in diesem Haus sicherzustellen. Wir können die Sicherheit nicht selbst garantieren, also greifen wir auf das Fedpol zurück. In unserer Verantwortung liegt insbesondere die Frage, wie wir evakuieren.

**Wäre es nicht einfacher, wenn nur jemand verantwortlich wäre?**

**Wortmann:** Nein, überhaupt nicht. Es würde nicht funktionieren. Zwischen den Gebäuden gibt es Unterschiede. Im Parlamentsgebäude ist es eine Gratwanderung zwischen öffentlichem Haus und Schutz. Den absoluten Schutz hätte ich dann, wenn ich das Haus schliessen und grossräumig absperren würde. So wie das in anderen Ländern der Fall ist. Mit ein paar hundert Besuchern und Gästen im Haus funktionieren wir nicht wie ein Verwaltungsgebäude, sondern eher wie ein öffentliches Haus. Es gilt immer abzuwägen, wie stark wir die Sicherheit gewichten. Manchmal braucht es auch ein Ereignis wie am Dienstag, um das System auf den Prüfstand zu stellen.

**Welche Lehren ziehen Sie sonst aus letztem Dienstag?**

**Wortmann:** Für konkrete Lehren ist es noch zu früh. Ad-hoc-Schnellschüsse bringen nach einem solchen Ereignis nichts. Klar ist jedoch: Es lässt sich vieles verbessern. Für mich bleibt aber am wichtigsten, dass wir innerhalb von wenigen Minuten die Menschen aus den am meisten gefährdeten Sitzungszimmern evakuiert haben.

## EU-Charmeoffensive in Bern

Zwischen Berner Parlamentsmitgliedern und dem EU-Chefunterhändler Maroš Šefčovič ist am 16. März im Bundeshaus ein Treffen geplant.

Stefan Bühler und Remo Hess

BERN/BRÜSSEL. Dass EU-Kommissar Maroš Šefčovič in die Schweiz kommt, ist schon länger bekannt: Am 15. März wird er an der Universität Freiburg ein Referat halten. Wie sich nun zeigt, wird der für die Beziehungen zur Schweiz zuständige Chefunterhändler seine Visite zu weiteren Treffen nutzen.

So erhielten die Mitglieder der Aussenpolitischen Kommissionen von National- und Ständerat (APK) jüngst eine Einladung auf den 16. März zu einem Gespräch mit Šefčovič im Bundeshaus. Die

Begegnung der APK des Nationalrats ist um 13.15 Uhr angesetzt, wie Kommissionspräsident Franz Grüter (SVP) auf Anfrage bestätigt. Das Treffen mit den Ständerätinnen und Ständeräten findet anschliessend statt.

«Die EU-Botschaft in Bern ist auf die APK zugekommen, Herr Šefčovič wünschte sich einen informellen Austausch mit uns.» Diesem Wunsch, so sagt Grüter, habe er stattgegeben. Er betont, es handle sich nicht um eine offizielle Sitzung seiner Kommission, sondern lediglich um ein informelles Treffen. Dazu seien alle APK-Mitglieder eingeladen: «Es können sich also sowohl die EU-Freunde äussern, wie auch jene, die zur EU ein kritischeres Verhältnis haben.»

Offensichtlich ist die EU-Kommission schon länger interessiert am direkten Austausch mit verschiedenen Gruppen

aus der Schweiz. So reisten im vergangenen Jahr mehrere Delegationen aus dem Parlament nach Brüssel, dazu solche der SP und der Grünen sowie Abordnungen unterschiedlicher Kantonsregierungen. Viele von ihnen wurden in der EU-Zentrale von Šefčovič persönlich empfangen.

Die Verhandlungen über das künftige Verhältnis Schweiz-EU steht allerdings unter der Federführung von Aussenminister Ignazio Cassis und seiner Staatssekretärin Livia Leu. Letztere führt seit Monaten sogenannte Sondierungsgespräche. Hinter den Kulissen wird zurzeit um eine gemeinsame Erklärung zum Abschluss dieser Sondierungen gerungen. Am 7. März wird eine nächste Gesprächsrunde in Brüssel stattfinden.

Šefčovičs Visite in Bern kommt demnach zu einem brisanten Zeitpunkt. APK-Präsident Grüter mag dem Treffen



Bald zu Besuch in der Schweiz: Maroš Šefčovič.

BILD KEY

seiner Kommission mit dem EU-Chefunterhändler indes keine grössere Bedeutung beimessen: «Es geht nur um einen Austausch. Die Verhandlungen mit Brüssel sind Sache des Bundesrats, wir pfuschen Aussenminister Cassis nicht ins Handwerk.»

**Cassis gibt sich bedeckt**

bleibt die Frage: Wird Šefčovič die wenigen Meter vom Parlament ins Bundeshaus West unter die Füsse nehmen, wo Ignazio Cassis sein Büro hat? Dem Vernehmen nach wünscht sich das Šefčovič. Doch Cassis lässt sich nicht in die Karten blicken: «Ein mögliches Treffen zwischen Bundesrat Ignazio Cassis und Kommissionsvizepräsident Maroš Šefčovič im März wird aktuell abgeklärt, auch im Kontext der laufenden Sondierungen», teilt das Aussendepartement mit.